„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspediteuren Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Blatt „UL.K“, der heiteren Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Leihehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 487. Berlin, Sonntag, den 25. September 1898. XXVII. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Den blinden Bismarck-Verehrern hat der frühere „Grenzboten“-Redakteur, Dr. Busch, mit seinen indiskreten Veröffentlichungen aus dem Leben des verstorbenen Reichskanzlers, die er vorsichtshalber zunächst in London erscheinen ließ, einen bösen Streich gespielt. Busch fühlt sich ganz als Kammerdiener des ersten Kanzlers, und vor den Augen eines solchen giebt es bekanntlich keinen großen Mann. Dennoch steht Busch in Bismarck ausschließlich „seinen Gott“, und ob Fluch oder Segen von ihm ausströmt — dem Notizensammler ist alles unantastbare Offenbarung. Augenscheinlich betrachtet sich der Herausgeber dieser Enthüllungen als den Vollstrecker eines ungeschriebenen Testaments, das aufs Neue beweist, daß Bismarck vor allem ein guter Hasser war. In lauter Haß getränkt erscheinen denn auch die meisten Aeußerungen, die Busch von seinem Herrn und Meister in der Intimität — meist unter dem Tisch auf den Knieen nachschreibend — in seinem Taschenbuche aufgefangen. Menschliches, allzu Menschliches tritt dem Leser darin aus Bismarcks Charakter entgegen, und ein taktvollerer, pietätsreicherer Sinn, als er Herrn Busch, wie es scheint, zu eigen war, hätte unter diesen Notizen eine fürchterliche Musterung gehalten, ehe er sie der zum Theil in ihrer Skandalsucht höchst befriedigten Oeffentlichkeit übergeben.

Bismarck, der, wie aus den Enthüllungen hervorgeht, im Stande war, je nach der Laune und Stimmung des Augenblicks, das heute für Weiß zu erklären, was er gestern noch als Schwarz hingestellt. Bismarck muß durch diese Serie von Klatsch- und Zornsgeschichten in den Augen der Nachwelt gar manches von seiner Aureole einbüßen, und Diejenigen, denen der heimgegangene Reichskanzler als ihr politischer Heiliger gilt, büßen in Sack und Asche trauern ob des hervortretischen Begrimmens eines Mannes, von dem sie sich wohl eines Besseren versehen hatten. Aber damit ist das Unheil nicht erschöpft, das diese Ausbrüche des Hasses und der Vergeltung angerichtet. Deutschlands Feinde im Auslande triumphiren. Dem Ansehen unserer leitenden Politiker sind nahezu unheilbare Wunden geschlagen, und gewisse diplomatische Eingeständnisse des Buschschen Buches, wie der Plan, vor dem Kriege von 1866 im Verein mit Oesterreich über Frankreich herzufallen, wie ferner die Erzählung des Zustandekommens des Zweibundes mit Oesterreich im Jahre 1879, das Verhalten Deutschlands auf dem Berliner Kongreß den russischen Forderungen gegenüber — alles das ist nur zu geeignet, das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der deutschen Politik zu erschüttern, ganz abgesehen von den peinlichen Mittheilungen über den „neuen Kurs“ und seine Beziehungen zum Zarenreiche.

Gegen die also hervorgerufenen Nachtheile verschwinden die zuweilen giftgeschwollenen Ausfälle gegen die drei Kaiser, denen Fürst Bismarck gedient, gegen die Kaiserinnen Augusta und Friedrich, gegen die Großherzogin von Baden, die sich sogar gefallen lassen muß, durch den Buschschen Bismarck in ihren Kindesgefühlen auf das Unverschämteste angegriffen zu werden. Es ist ein Glück für das Gedächtniß Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Friedrichs, daß das Volksbewußtsein durch solche posthume Kritik nur in den seltensten Fällen beeinflußt zu werden vermag. Beider Fürsten Bild steht fest in der Geschichte, und die Anwürfe durch einen noch so genial veranlagten Giftmischel, der vor der Oeffentlichkeit nur in Vasallengefühlen zu ersterben schien, bleiben außer Stande, das Gesammtbild zu beeinträchtigen, das sich die Nation von ihrem Wirken und Streben, von ihrem Thun und ihrem Wollen unabänderlich gestaltet hat. Die Monarchen haben schwerlich etwas durch diese hinterlistigen Verkleinerungsbestrebungen verloren — aber von Bismarck, der hier als Loyalitätsheuchler erscheint, läßt sich schwerlich dasselbe behaupten.

Man mag sich immer darauf gefaßt machen, daß in der bevorstehenden Wahlkampagne für den preußischen Landtag diese Bismarcksche Rache nach dem Tode auch für die innere Politik eine ziemliche Rolle spielen wird. Für die exklusiven Bismarck-Parteien liegt unzweifelhaft darin eine Aufforderung zu bescheidenerem Auftreten, und die politischen Gegner des eisernen Kanzlers erhalten durch Dr. Busch eine Unterstützung, auf die sie nach der Apotheose, die dem Fürsten gleich nach seinem Hintritt zu Theil geworden, sich nicht mehr Hoffnung gemacht hatten. Für die Wahlaufrufe der verschiedenen Parteien erschien freilich dieses Material zu spät. Freisinnige Volkspartei, freisinnige Vereinigung und nationalliberale Partei hatten sich an ihre Gesinnungsgenossen gewandt, noch ehe das unfreiwillige Buschsche Attentat auf das Andenken Bismarcks ruchbar geworden. Solche Aufrufe haben im Grunde wenig praktische Bedeutung. Sie sagen entweder zu viel oder zu wenig. Nur in den seltensten Fällen gelingt es, das erlösende Wort, das der Urwähler erwartet, in ihnen zu konfiguriren. Jedenfalls aber tritt die Erkenntniß für alle Freigesinnten plastisch in die Erscheinung, daß alle drei liberalen Parteien für den preußischen Landtag durch keine tiefgründigen prinzipiellen Gegensätze von einander geschieden sind, so zwar, daß die Abwehr einer immerhin möglichen konservativen Mehrheit für alle drei von gleicher Wichtigkeit ist, und daß alle drei vom gleichen Interesse beherrscht sein müssen, eine Erstarkung der reaktionären Parteien zu verhindern. Der 27. Oktober wird auf weitere fünf Jahre darüber entscheiden, ob das Verständniß dieser Nothwendigkeit gebührende Würdigung seitens der Urwähler zu finden vermochte.

Die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich hat bis zu einem gewissen Grade den reaktionären Strömungen Oberwasser gegeben. Man möchte in einzelnen Kreisen ohne Scheu die verabscheuenswerthe Blutthat eines Verblendeten zu einer allgemeinen Verkürzung des Vereins- und Versammlungsrechts sowie der ohnehin schon kärglich genug bemessenen Preßfreiheit ausschroten. Sind doch — selbst bis ins sozialdemokratische Lager hinein — der Wiedereinführung der Prügelstrafe für anarchistische Verbrecher neuerdings Ritter und Schildknappen erstanden. Bis jetzt haben allerdings die Regierungen noch nicht die Lust verrathen, die reaktionären Quacksalbereien, die ihnen als Allheilmittel angepriesen werden, anzuwenden. Von Italien aus ist die Anregung zu einer internationalen Verständigung über die Frage ausgegangen, wie wohl am besten der anarchistischen Gefahr, die der bestehenden Gesellschaftsordnung droht, zu begegnen sei. Die italienische Regierung, die eine Fülle von Begehungs- und Unterlassungssünden auf dem staatlichen Gewissen hat, war sicherlich die nächste dazu, um eine solche Anregung zu versuchen. Ob irgend etwas Positives bei diesem Experiment herauskommen wird, steht dahin. Jedenfalls wäre schon etwas gewonnen, wenn man dazu gelangte, daß jedes Land „seine“ Anarchisten innerhalb der eigenen Grenzpfähle behielte und nicht, wie bis jetzt, den anarchistischen Export begünstigte. Dies scheint namentlich der Schweiz am Herzen zu liegen, die in diesem Punkt wenigstens ihr traditionelles Asylrecht nicht unverkürzt aufrecht zu erhalten beabsichtigt. Freilich wird es auch hierbei schwer sein, den Begriff des Anarchismus juristisch zu fassen, denn gar manche politische Bestrebung, der das Etikett der Anarchie nicht anhaftet, fällt — wie wir soeben in Frankreich sehen — mit unter die Tendenzen, die mit einem geordneten Staatswesen absolut unvereinbar bleiben.

In der That scheinen die neuesten Vorgänge in der französischen Hauptstadt sich nur noch dem Namen nach von anarchischen Zuständen zu unterscheiden. Die Dreyfus-Affäre, die nun in eine Affäre Picquart umgewandelt worden, bietet ein erschreckendes Bild von der Anarchie der Geister dar, die die dritte Republik beherrscht. Man hat Mühe, den kaleidoskopisch sich verschiebenden Ereignissen zu folgen und sie zu verstehen. Sie zu begreifen mußte man längst aufgeben. Das Taschenspielerkunststück, durch welches General Zurlinden als Freund der Revision des Dreyfus-Prozesses nach Cavaignacs Rücktritt Aufnahme als Kriegsminister im Kabinet Brisson fand, um sich gleich darauf als entschiedenster Gegner dieser Revision zu entpuppen, darf als glänzende Leistung eines politischen Fregoli gelten. Aber nicht minder bewundernswerth ist das Abracadabra, mit dem er, in die Stellung eines Militärgouverneurs von Paris zurückgekehrt, seine Passage durch die Büreaus des Kriegsministeriums dazu benutzt hatte, um sich selbst als Militärgouverneur die nöthige Vollmacht auszustellen, militärgerichtlich gegen Picquart wegen angeblicher Fälschung einer Rohrpostkarte (petit bleu) aus dem Jahre 1896 einzuschreiten. Und das alles ohne Apparate, ohne Hexerei, nur mit Geschwindigkeit und ohne Vorwissen der civilamtlichen Minister und ihres Präsidenten Brisson. Das Passepasse ist so vortrefflich gelungen, daß Picquart nun für eine Weile mundtodt gemacht ist, im Militärgefängniß sitzt, und daß General Zurlinden, wenn er sonst den Muth hätte, ganz ruhig jenen von Cavaignac geplanten Staatsstreich ins Werk setzen könnte, der darin bestand, alle Freunde der Revision des Dreyfus-Prozesses nächtlicherweile gefänglich einzuziehen. Wie die Dinge jetzt stehen, müßten dann freilich Ministerpräsident Brisson und Justizminister Sarrien mit daran glauben. Daß ein solcher Plan, eine Kopie des zweiten Dezember durchzuführen, in verschiedenen militärischen Gehirnen spukt, ist außer Zweifel, — ob sich die Hände finden werden, den verbrecherischen Anschlag durchzuführen, ist glücklicherweise nicht ebenso sicher.

Wie dergleichen Umsturzgelüste zu verwirklichen sind, hat gerade in diesen Tagen die Kaiserin-Mutter von China gezeigt, die ihren Sohn, den regierenden Kaiser, einfach absetzte, seinen reformerischen Rathgeber Kang zur Flucht zwang und sich aufs Neue als Regentin des himmlischen Reiches proklamirte. Eben hatte der junge Kaiser seinen brennenden Wunsch nach europäischen Reformen durch eine Reihe von Verordnungen kundgegeben, die auf Seiten der altchinesischen Mandarinenpartei mit unverhohlenem Widerwillen aufgenommen worden waren. Wohl gab es im riesigen Reich der Mitte kühne Rebellen, die im selben Geiste, wie der Kaiser, Neuerungen forderten und sie theilweise durch Feuer und Schwert zu erkämpfen trachteten. Aber in Peking, in der Umgebung der Kaiserin-Mutter, in der sich alle retrograden Strebungen ein Stelldichein gegeben hatten, wollte man von Reformen nach dem Beispiel der „fremden Teufel“ nichts wissen. Li-Hung-Tschang, den der Kaiser noch jüngst erst seiner Käuflichkeit halber aller seiner Würden entsetzt, wurde wieder zu Gnaden aufgenommen, und da mit Li der russische Einfluß steht und fällt, sieht sich das betriebsame England um alle Früchte jener Zettelungen gebracht, die ihm den maßgebenden Einfluß in China sichern sollten. Der reformerische Prinz Kang ist auf der Flucht — aber ob er nicht in Kürze an der Spitze eines starken Rebellenheeres vor den Thoren Pekings erscheinen wird, ist zur Zeit noch das Geheimniß der britischen Diplomatie.

Die Ablehnung der Revision mit Stimmengleichheit.

Abermals ist eine neue unerwartete Wendung in der Dreyfus-Affäre eingetreten. Wir haben bereits im gestrigen Abendblatt telegraphisch gemeldet, daß der Ministerrath die Entscheidung in der Revisionsfrage auf Montag vertagt habe. Als Grund war gestern Abend angegeben, daß zwei Minister, Peytral und Biger, nicht anwesend waren. Der Hauptgrund ist aber, daß die von dem Justizminister einberufene Revisionskommission mit drei gegen drei Stimmen die Revision des Dreyfus-Prozesses abgelehnt hat. Das ist also abermals ein Erfolg des Militärterrorismus. Unser Pariser △-Korrespondent telegraphirt uns dazu:

Wie bereits gemeldet, hat der Ministerrath sich gegen alles Erwarten auf Montag vertagt, ohne eine Entscheidung über die Revision getroffen zu haben. Dieser Aufschub gab sofort zu den widersprechendsten Gerüchten Veranlassung. Der um drei Uhr erscheinende „Jour“ kündigte bereits die Demission des Kabinets Brisson als unmittelbar bevorstehend an.

Folgendes sind die wahren Gründe der Vertagung. Die Revisionskommission, welche heute Morgen ihren Rapport fertig gestellt, hat sich in zwei gleichstarke Parteien getheilt. Drei Mitglieder haben sich für die Revision ausgesprochen, drei waren der Ansicht, daß die für die Revision vorgeschriebenen juridischen Bedingungen nicht erfüllt seien; infolge dieser Meinungsverschiedenheit hat die **Kommission**, wie es bei Stimmengleichheit geschieht, eine **ablehnende Entscheidung** getroffen. Diese Entscheidung wurde Morgens dem Justizminister Sarrien mitgetheilt, der sie dem Ministerrath überbrachte. Angesichts dieser Sachlage fällt der Regierung die volle Verantwortung für die Haltung zu, die sie einzunehmen gedenkt. Sie kann über die negative Entscheidung der Kommission, namentlich in Anbetracht der Stimmengleichheit, zur Tagesordnung übergehen und aus eigener Machtvollkommenheit den Kassationshof mit der Affäre beauftragen. Achnlich hat die Regierung erst vor Kurzem in der Affäre Jamet-Leger verfahren, wo die Revisionskommission gleichfalls in zwei gleiche Lager getheilt war, der Justizminister aber trotzdem das Kassationsverfahren einleitete, das zur Rehabilitirung der beiden unschuldig Verurtheilten führte.

Der heutige Ministerrath hat geglaubt, die Entscheidung nicht fällen zu können, weil zwei Mitglieder des Kabinets, der Finanzminister Peytral und der früher als Gegner der Revision genannte Ackerbauminister Biger wegen Unwohlseins der Sitzung ferngeblieben waren. Darum wurde die Beschlußfassung auf Montag vertagt. Die beiden Minister, von denen Biger sich in der Provinz befindet, wurden telegraphisch ersucht, sich sofort nach Paris zu begeben. Noch verlautet nicht, ob auch der Präsident der Republik, Felix Faure, eintreffen und der entscheidenden Sitzung präsidiren wird.

Die Wendung, welche die Affäre infolge der Haltung der Kommission nimmt, verschärft natürlich noch die Schwierigkeit der allgemeinen Situation und beraubt die Regierung, falls sie sich für die Revision entscheiden sollte, der Möglichkeit, sich vor der Kammer auf die richterliche Behörde zu berufen. Der „Temps“ der bereits über den Aufschub der Entscheidung einen Leitartikel hat, bedauert ihn auf das Aeußerste und weist darauf hin, wie das Geschwür, das man auszuschneiden zögere, sich immer weiter ausbreite und entzünde. Die Revisionsgegner aller Schattirungen werden natürlich innerhalb der nächsten 36 Stunden das erdenkbar Möglichste aufbieten, um das Ministerium einzuschüchtern. In der Volksversammlung, welche der Heldenseher Déroulède für morgen Mittag einberuft, dürfte es an Versuchen dazu nicht fehlen. Die Versammlungsplakate tragen die Ueberschrift: „Nieder die Verräther“. Daneben tauchen andere mysteriöse Plakate auf, auf denen man liest: „Demnächst wird erscheinen der Herzog von Orleans“. Man weiß nicht, ob ein Buch unter diesem Titel, oder ob der leibhaftige Prätendent gemeint ist.

Von anderer Seite werden noch weitere Gründe für die Vertagung der Entscheidung angegeben, darunter auch die Thatsache, daß Déroulède für heute eine große Volksversammlung einberufen hat. Der Ministerrath habe nämlich keine Entscheidung getroffen, um lärmende Kundgebungen zu vermeiden. Schließlich sei der Hauptgrund die Thatsache, daß der Ministerrath sich über eine gewisse Frage, nämlich darüber hätte aussprechen müssen, ob der „petit-bleu“, dessenwegen Picquart als Fälscher von dem Kriegsgericht verfolgt werden soll, mit den Dreyfus-Akten verbunden dem Kassationshof vorzulegen oder davon zu trennen und unmittelbar dem Kriegsgericht zuzustellen sei. Alles das sind Vermuthungen, an die man sich in Ermangelung sicherer Nachrichten hält.

Immerhin ist man im Allgemeinen immer noch der Ansicht, daß das Ministerium der Revision geneigt sei. Jedoch kann sich bis Montag vielerlei ereignen. Seit dem Bestehen der dritten Republik war die Lage in Frankreich noch niemals so kritisch wie jetzt. Dafür spricht auch folgende Meldung unseres Brüsseler ✕-Korrespondenten:

Der „Indépendance“ zufolge beschlossen zahlreiche republikanische Abgeordnete und Senatoren die Konstituirung eines besonderen Wohlfahrtsausschusses zum Schutze der Republik gegen die klerikal-militärische Verschwörung. Ministerpräsident **Brisson** empfing die Mitglieder des Ausschusses und **bestätigte** denselben die **Existenz** eines der **Republik feindlichen Komplots**, versicherte jedoch, sobald die Verschwörer Miene machen sollten, zur That überzugehen, werde die Regierung mit starker Hand die Schuldigen

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Leihehalle“ Nr. 39.